**Muster für ein Verständigungsschreiben bei der Erlassung oder Änderung eines Bebauungsplanes im Auflageverfahren**

**(ohne UEP/SUP)**

Betreff: Erlassung/Änderung des Bebauungsplanes der Gemeinde XX

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeindevertretung der Gemeinde XX hat in ihrer Sitzung vom XX den Entwurf einer Verordnung über die Erlassung/Änderung des Bebauungsplanes XX der Gemeinde XX betreffend die Grundstücke GST-NRN XX, KG XX, gemäß § 28 Abs. 1 / § 30 Abs. 1[[1]](#footnote-1) Raumplanungsgesetz, LGBl.Nr. 39/1996 idgF, beschlossen.

Der Verordnungsentwurf samt Erläuterungsbericht wird vier Wochen auf dem Veröffentlichungsportal (www.XX) von XX bis XXveröffentlicht (§ 32e des Gemeindegesetzes).

Während der Zeit der Veröffentlichung kann jede Gemeindebürgerin/jeder Gemeindebürger oder Eigentümerin/Eigentümer von Grundstücken, auf die sich der Verordnungsentwurf bezieht, zum Verordnungsentwurf schriftlich Änderungsvorschläge erstatten.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Gemeindevertretung

Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister:

XX

Ergeht an:

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Raumplanung und Baurecht, E-Mail: raumplanung@vorarlberg.at

1. Hinweis für die Gemeinden: Bei der *Erlassung* eines Bebauungsplanes ist „§ 28 Abs. 1“ anzuführen, bei einer *Änderung* „§ 30 Abs. 1“. [↑](#footnote-ref-1)